



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

EU-No Newsletter vom 13. Februar 2020

Es geht nicht um Wirtschaft, sondern um Integration

Die Wirtschaftsverbände und der Bundesrat wollen uns glauben machen, beim Rahmenabkommen gehe es um ein Wirtschaftsabkommen. Sie verknüpfen den Rahmenvertrag mit Fragen um die Bilateralen. Auch die leeren Drohungen bezüglich der Börsenäquivalenz im letzten Jahr und aktuell im Bereich Medtech werden dafür missbraucht. Dies alles lenkt davon ab, dass es beim Rahmenabkommen eigentlich um einen Integrationsvertrag geht. Im Klartext: Es geht um eine politische Einbindung in die EU.

Uns wird vorgegaukelt, das Rahmenabkommen sei ein Wirtschaftsabkommen. Es sind ja im Moment auch nur die grossen Wirtschaftsverbände, die für einen möglichst raschen Abschluss des Abkommens sind; allen voran Economiesuisse und Swissmem. Gewerbe und KMU lehnen den Rahmenvertrag zwar ab, aber dennoch dominieren die Wirtschaftsargumente.

Irreführend wird die Debatte verknüpft mit den Bilateralen. Das Abkommen heisst denn auch bisher offiziell «Abkommen zur Erleichterung der bilateralen Beziehungen (...)». Dies ist in zweierlei Hinsicht problematisch. Das Rahmenabkommen verwandelt einerseits die bisher bilateralen – d.h. zweiseitigen – Beziehungen auf Augenhöhe in ein Unterwerfungsverhältnis. **Von Bilateralismus kann nach dem Rahmenabkommen nicht mehr die Rede sein.** Der Titel stimmt andererseits insofern, als für die EU die Beziehung zur Schweiz tatsächlich «leichter» wird. Die Schweiz muss dann einfach spüren und ist in den EU-Apparat integriert. Die Beziehungen werden nur einseitig «leichter». **Für die Schweiz wird das aber ein schweres Joch, oder viel eher eine Zwangsjacke.**

Es geht um die Einverleibung der Schweiz in die EU-Bürokratie

Die Wirtschaftsverbände und der Bundesrat wollen uns dennoch glauben machen, beim Rahmenabkommen gehe es um Wirtschaft. Auch die leeren Drohungen im Bereich der Börsenäquivalenz im letzten Jahr und aktuell im Bereich Medtech werden dafür missbraucht. Dies alles vertuscht jedoch die Tatsache, dass es beim Rahmenabkommen um einen Integrationsvertrag geht. Es geht vielmehr um eine konkrete politische Einbindung in die EU. Ein Rechtsgutachten kommt sogar zum Schluss, dass das Rahmenabkommen einem **Beitritt zu einer supranationalen Organisation** gleichkommen würde und deshalb dem obligatorischen Referendum unterstehen müsste. Die Sache ist klar. Dieser Rahmen zwingt uns in eine Integration in die EU-Bürokratie.



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

Rahmenabkommen verändert Verhältnis CH-EU grundlegend

In anderen Worten schrieben es auch Professor Stephan Breitenmoser und Simon Hirsbrunner kürzlich in der Neuen Züricher Zeitung (NZZ, 9.1.2020): «Der Abschluss des InstA kommt damit einem Paradigmenwechsel gleich, der das bisherige, völkerrechtliche Vertragsverhältnis im Rahmen der vom InstA geregelten Bereiche in ein **europarechtliches Integrationsverhältnis** umwandelt.» Eine solch grundlegende Veränderung darf nicht einfach wegdiskutiert werden.

Noch prägnanter und aus der Unternehmenspraxis fundiert bringt es der Logistikunternehmer Hans-Jörg Bertschi auf den Punkt (Der Bund, 6.1.2020): «**Das Abkommen ist kein Wirtschaftsvertrag, sondern ein Integrationsabkommen. Die Schweiz verpflichtet sich in wirtschafts-, sozial- und handelsrechtlichen Fragen zur Übernahme von EU-Recht und unterstellt sich dem Europäischen Gerichtshof.**» Dies hat weiterreichende Folgen. Die Schweiz verliert ihre globale Wettbewerbsfähigkeit und verpflichtet sich dem regulatorischen und bürokratischen Übereifer Brüssels anzupassen. Es tangiert also unsere Wirtschaft sehr direkt, aber gerade weil es kein Wirtschaftsabkommen ist, sondern ein Anbindungsvertrag. Gerade weil es den Staat und den Zentralismus stärkt, und damit unsere liberalen Rahmenbedingungen schwächt. **Der Bilateralismus wird so beendet.** Das ist somit keine primär wirtschaftliche, sondern eine politische Frage. Es stellt sich die Frage, ob wir unsere Demokratie, unseren Föderalismus, unsere Eigenständigkeit und Unabhängigkeit bewahren wollen oder nicht.

Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt